

Aus: Kerstin Braundhoff
Jingard Schwantes (Hrsg.)
Hans-Dietrich Genscher
Aufsichtsrat
Wiesbaden: Springer 2015

Genscher und der NATO-Doppelbeschluss

Klaus Wittmann

1 Einleitung

„Grundgesetz, Brief zur deutschen Einheit, KSZE und Zwei-plus-vier-Vertrag sind die Marksteine auf dem Weg zur deutschen Einheit.“ schreibt Hans-Dietrich Genscher in seinen *Erinnerungen* (Genscher 1995, S. 99). Aber uneingeschränkt stimmt er der Aussage zu, dass Harmel-Report, NATO-Doppelbeschluss und die rasche Transformation des Nordatlantischen Bündnisses nach dem Fall der Berliner Mauer im selben Atemzug zu nennen sind (Genscher 2014¹).

In der Tat wird der so genannte NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, die konkreteste Ausprägung der Harmel-Formel „Verteidigungsfähigkeit und Entspannung“, zusammen mit seiner Implementierung und dem daraus resultierenden INF-Vertrag zur Abschaffung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen von vielen als einer der wesentlichsten Katalysatoren für das Ende der Ost-West-Konfrontation angesehen.

Die Rolle von Außenminister Genscher bei der Vorbereitung des NATO-Doppelbeschlusses, der Durchsetzung der Nachrüstung angesichts einer machtvollen „Friedensbewegung“ sowie der Konzipierung und Verhandlung der *Null-Lösung* bis zum Erfolg des Vertragsabschlusses soll hier nachgezeichnet werden. Dabei sind die Spannungsfelder innerhalb Deutschlands in Parteienlandschaft und Öffentlichkeit, im Bündnis zwischen Amerikanern und unterschiedlichen europäischen Gruppierungen und schließlich im Ost-West-Kontext zwischen den USA mit der NATO einerseits und der Sowjetunion andererseits zu berücksichtigen. Zugleich stellt sich im Rahmen dieses Sammelbands die Frage, in welcher Weise und in wel-

¹ Der Autor hatte Gelegenheit, Minister a.D. Genscher am 22. Juli 2014 zu diesem Themenkomplex persönlich zu befragen. Darauf wird gelegentlich mit (Genscher 2014) verwiesen.

chem Maße Genschers Agieren „liberaler“ Außenpolitik entsprach. Dazu werden in diesem Essay vor allem – neben Genschers gründlichen und detaillierten Memoiren und Erinnerungswerken – Beiträge anderer Akteure wie diese der Bundeskanzler Schmidt und Kohl, Standarduntersuchungen v. a. von Helga Haftendorn, Lothar Rühl, Wolfram F. Hanrieder, Stefan Fröhlich und Hubertus Hoffmann sowie der ergiebige Tagungsband des Instituts für Zeitgeschichte von 2011 (Gassert et al. 2011a) zu Geschichte und Wirkung des NATO-Doppelbeschlusses herangezogen.

2 Liberale Außenpolitik

„Liberale Außenpolitik“ hat – auch in Genschers rückblickender Betrachtung (Genscher 2014) – hauptsächlich folgende Elemente: Verantwortung und Gewaltverzicht, Absage an Machtpolitik und Politik der Stärke, Multilateralismus und Vertrauensbildung, Freiheit und Menschenrechte, Interdependenz, Kooperation zum gegenseitigen Vorteil. Die in diesem Band von Hans-Dieter Heumann benutzte Formel „Verantwortliche Interessenpolitik“ fasst die Elemente treffend zusammen, und zu Recht stellt dieser fest, dass „Idealismus und Realismus [...] falsche Alternativen [...], Werte und Interessen, Macht und Verantwortung, Konflikt und Zusammenarbeit keine Gegensätze“ sind (Heumann 2014, S. 20). Im Prozess der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses hatte Entspannung eine entscheidende Funktion – aber nicht Entspannung um jeden Preis, wie von Kritikern Genschers unterstellt. Es ging vielmehr um den Abbau von Konfrontation und Spannung im Sinne weiterreichender Ziele. Diese erforderte gestalterische Impulse im Sinne der liberal-idealistischen Theorie der Internationalen Beziehungen. Doch zeigt sich auch am hier behandelten Beispiel, dass der Außenminister Genscher bei aller liberalen und idealistischen Motivation ein großer Realist war.

„Friedlicher Wandel“ war der Begriff, den er in die Helsinki-Schlussakte von 1975 einführte (Heumann 2014, S. 25). Handlungsspielraum bzw. Handlungsfähigkeit war in diesem Zusammenhang ein wichtiges Ziel der Außenpolitik. Nach Heumann (2014, S. 27) treffen sich hier Interesse und Verantwortung. Ja, „Handlungsfähigkeit kann als außenpolitische Entsprechung des Begriffs der Freiheit verstanden werden.“ Sie sei „eine Alternative zum Begriff der Macht“. (Heumann 2014, S. ebd.) Und schließlich wird im „Begriff der Kompatibilität, der die Berücksichtigung der Interessen anderer einschließt, [...] die entscheidende Erweiterung des Begriffs Handlungsspielraum“ gesehen. Wie beim großen Vorgänger Stresemann, der die Versailles-Revision ohne deutsche Machtmittel durchsetzte, war für Genscher friedlicher Wandel der einzig denkbare Weg zur Aufhebung der deutschen Teilung.

Dabei waren in der nach dem Zweiten Weltkrieg herrschenden bipolaren globalen Konstellation Selbstbehauptung und Dialogangebot notwendige Elemente. Dies entsprach der „Harmel-Philosophie“.

3 Das Harmel-Prinzip

Genschers politisch-konzeptionelles Denken war in starkem Maße von dem doppelten Ansatz geprägt, den der Harmel-Bericht an den NATO-Rat vom 13. Dezember 1967 über „Die zukünftigen Aufgaben der Allianz“ zum Ausdruck bringt (Auswärtiges Amt 1995, S. 311-313): Sicherheit und Entspannung, wie die gängige Kurzformel lautet. Präziser heißt es in dem Bericht (Ziff. 5): „Die Atlantische Allianz hat zwei Hauptfunktionen: Die erste besteht darin, eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggression und anderen Formen von Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt. [...] Ihre zweite Funktion [ist] die weitere Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können.“

Dieser doppelte Ansatz, bei dem ausdrücklich festgestellt wird, dass „militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung [...] keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung [darstellen]“, ist das hauptsächlich zitierte Element des Harmel-Berichts. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass er alle seine Empfehlungen in den Dienst einer übergeordneten Zielsetzung stellt (Ziff. 9): „Das höchste politische Ziel der Allianz ist es, eine gerechte und dauernde Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu erreichen.“ Und überdies stellt er fest (Ziff. 7): „Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage.“

Diese Zielsetzung durchzog Genschers Politik, seit er begann, in der FDP Verantwortung zu tragen und (ab 1965) als Bundestagsabgeordneter zu wirken. Im September 1966 hielt er in Stuttgart aus Anlass des 20. Jahrestags der dortigen Ansprache des amerikanischen Außenministers Byrnes eine Rede, in welcher er es als eine Hauptaufgabe der deutschen Politik bezeichnete, „die Voraussetzungen herbeizuführen, unter denen eine friedliche und freiheitliche Lösung der deutschen Frage möglich ist“ (Genscher 1995, S. 93).

Der Harmel-Report war das politische Gegenstück zur gleichzeitig verabschiedeten neuen NATO-Militärstrategie der *Flexible Response*. Seine Entstehung war „zum einen [...] eine Reaktion auf die Krise in der Allianz, zum anderen stellte er den

Versuch dar, das Bündnis an die beginnende Ost-West-Entspannung anzupassen“ (Haftendorn 2001, S. 124). Zur „Allianzkrise“ trugen die Strategiedebatte nach der Kuba-Krise und Frankreichs Austritt aus der militärischen Integration sowie die bis dato recht starre Bonner Deutschlandpolitik bei. Die sogenannte Bukarester Erklärung des Warschauer Pakts vom Juli 1966 mit dem Angebot „Friedlicher Koexistenz“ und dem Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz empfanden viele NATO-Staaten als Chance oder auch Zugzwang. In der Entspannungspolitik begann mit der Großen Koalition von 1966 eine vorsichtig kreativere Entwicklung deutschlandpolitischer Positionen. Die innenpolitischen Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und vor allem zur DDR, für „Wandel durch Annäherung“ ergaben sich allerdings erst mit den Bundestagswahlen vom Herbst 1969, welche die „sozialliberale“ Koalition an die Macht und Genschers FDP in die Regierung brachte. Sie ging in der Fortsetzung der Entspannungs- und Ostpolitik stärker als die Vorgängerregierung von den in Europa durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten aus. Der Harmel-Report bezeichnete zwar den kleinsten gemeinsamen Nenner, wahrte aber deutsche Interessen und stellte ausdrücklich fest (Ziff. 7), „dass die Entspannungspolitik nicht zu einer Spaltung der Allianz führen“ dürfe. Noch heute betrachtet Genscher die Harmel-Philosophie als Grundlage der Vitalität der NATO. „Probleme gab es immer, wenn sie missachtet wurde.“ (Genscher 2014).

Die Doppelformel „militärische Sicherheit und Entspannungspolitik bzw. Dialogbereitschaft“ durchzog seit Harmel die gesamte NATO-Geschichte und ist bis heute eine geeignete Maxime für eine Politik, die einen Kontrahenten nicht zur Kapitulation zwingen, sondern für einen gemeinsamen Ausweg gewinnen will. Der prägnanteste Anwendungsfall dieses dualen Prinzips war der sogenannte „Doppelbeschluss“ der NATO vom Dezember 1979.

4 Sowjetische Raketenbedrohung

In Genschers Memoiren sind kapitelweise als die „drei Säulen deutscher Verantwortungspolitik“ die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Vereinten Nationen und die europäische Einigung abgehandelt. Doch wird die Bedeutung der NATO dadurch nicht relativiert. In den siebziger Jahren drängten sich in der Tat Divergenzen im transatlantischen Verhältnis in den Vordergrund. Die durch den Helsinki-Prozess geweckten Erwartungen auf Menschenrechtsverbesserungen im sowjetischen Machtbereich wurden teilweise enttäuscht und die Folgekonferenzen zum Misserfolg. Die konventionellen Abrüstungsverhandlungen

(MBFR) stockten. Nach dem strategischen Rüstungsbegrenzungsabkommen SALT I (1992) zwischen den USA und der Sowjetunion gab es Belastungen im bilateralen Verhältnis, auch durch die Menschenrechtskampagne Präsident Carters.

In der NATO erodierte das Vertrauen der Europäer, allen voran Deutschlands, in die westliche Nuklearstrategie nicht zuletzt aufgrund der Bestrebungen des US-Verteidigungsministers Schlesinger, die konventionelle Verteidigung in Europa zu stärken und die Bedeutung der dort stationierten Kernwaffen zu reduzieren sowie des Zickzackkurses, den Präsident Carter in der Frage der Neutronenwaffe einschlug, indem er das Projekt nach Überzeugungsbemühungen gerade Bundeskanzler Schmidts abrupt fallen ließ. Zweifel an der Zuverlässigkeit des amerikanischen Schutzes und an den Führungsqualitäten Carters wuchsen.

Für Schmidt (1969) war die „Strategie des Gleichgewichts“ seit jeher Richtschnur. Dies schien zunehmend gefährdet. So war er der erste, der – in seiner berühmten *Alistair Buchan Memorial Speech* am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London am 28. Oktober 1977 – auf eine neue Bedrohung hinwies: die Stationierung mobiler, treffgenauer und mit Mehrfachsprengköpfen versehenen SS-20-Raketen durch die Sowjetunion (vgl. Schmidt 1987, S. 90–91; Haftendorn 1986, S. 23–28, 2001, S. 272–274). Diese waren in SALT I nicht berücksichtigt. Eine „Grauzone“ in den Rüstungskontrollverhandlungen – nämlich zwischen strategischen und konventionellen Kräften – wurde befürchtet, und bei Parität auf strategischem Gebiet konnten sowjetische Systeme, die nur Europa erreichten, dessen „Abkoppelung“ durch verringerte Glaubwürdigkeit der amerikanischen Schutzgarantie bzw. durch die Schwäche auf einer wichtigen Stufe der Eskalationsleiter bewirken (Hanrieder, S. 130).² Wenn die SS-20 auch nicht unbedingt Kriegführungsoptionen schaffen sollten, stand doch „Abschreckungs- und Einschüchterungsabsicht“ hinter ihrer Aufstellung (Wettig 2011, S. 51), der Schmidt Deutschland und Europa nicht ausgesetzt sehen wollte. Übrigens blieb er in der Rede selbst (Text bei Haftendorn 1986, S. 194–212) noch relativ vage und sprach erst beim anschließenden Dinner, bei dem u. a. Außenminister Kissingers Berater Helmut Sonnenfeldt anwesend war, Klartext hinsichtlich des Versäumnisses bei SALT und der Notwendigkeit eines Gleichgewichts auf allen Ebenen (Haftendorn 1986, S. 29–30; Geiger, S. 98–99). Dadurch erregte das Alarmsignal in der US-Administration Aufmerksamkeit.

Schmidt ging es nicht vorrangig um einen Ausgleich der SS-20 durch neue westliche Systeme, sondern eher um den Einbezug von Mittelstreckenwaffen in ein – allerdings zu dem Zeitpunkt nicht sehr aussichtsreiches – SALT-II-Abkommen. Zwar ließen es unterschiedliche Auffassungen im Außen- und Verteidigungsmi-

2 Zur Terminologie: Zunächst wurden diese Systeme als *Long Range Theater Nuclear Forces* (LRTNF), später als *Intermediate Range Nuclear Forces* (INF) bezeichnet.

nisterium nicht zu konkreten deutschen Vorschlägen kommen (Haftendorn 2001, S. 273). Doch stimmte der Außenminister, wenngleich die Rede mit ihm nicht abgestimmt war – das Auswärtige Amt wurde erst drei Wochen später durch den Bericht des Botschafters in Washington aufmerksam –, mit dem Kanzler in der Grundbesorgnis überein (Genscher 2014).

5 Der Weg zum Doppelbeschluss

In der NATO, die im März 1978 ihr „Langfristiges Verteidigungsprogramm“ – zur Verstärkung gegenüber steigender sowjetischer Offensivkapazität – beschloss, waren zugleich Überlegungen zur Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen in Gang gekommen. Sie wurden verstärkt dadurch, dass man in Washington Schmidts Forderung nach Parität bei allen Waffenkategorien und seine Kritik an SALT-I ernstnahm. Doch spielte für die USA in den Beratungen der eigens für die Nuklearfrage geschaffenen High Level Group (HLG) der NATO die Rüstungskontrolloption eine weit geringere Rolle als die Modernisierung. Führungswillen wollten sie damit demonstrieren und europäische Zweifel an der Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie überwinden.³

Im April 1979 empfahl die HLG die Modernisierung der europabezogenen Nuklearstreitkräfte, wobei Chancen zur Rüstungskontrolle nicht unbeachtet gelassen werden sollten. Letztere entsprachen insbesondere dem Interesse des deutschen Außenministers, wenngleich dieser sich „frühzeitig die amerikanischen Vorschläge für eine Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen zu eigen gemacht hatte“ (Haftendorn 2001, S. 280), so dass bei der Beratung der HLG-Überlegungen im Bundessicherheitsrat „die paradoxe Situation [entstand], dass das Auswärtige Amt militärisch argumentierte während der Verteidigungsminister [Apel] die NATO-Entscheidung in den Gesamtkontext der Ost-West-Beziehungen einordnete“ (Haftendorn 2001, S. 280).

In der Meinungsbildung innerhalb des Bündnisses gewann die stark vom liberalen Außenminister geprägte deutsche Position zunehmenden Einfluss: Der erwogenen Stationierung neuer Systeme in Europa werde zugestimmt, sofern die Bundesrepublik Deutschland nicht das einzige Stationierungsland sei (Vermeidung einer „Singularisierung“) und der Beschluss einhergehe mit dem Angebot an die

³ Nicht alle Fakten werden hier im Einzelnen belegt. Sie finden sich v.a. bei Genscher (1995), Haftendorn (2001), Rühl (1987), Fröhlich (2001), Hoffmann (1986) und in den Beiträgen bei Gassert et al. (2011a). Nachweise beschränken sich auf Zitate und interessante Nuancen in den Abläufen sowie auf Wertungen durch Autoren.

Sowjetunion zum Einbezug der Mittelstreckensysteme in Rüstungskontrollverhandlungen. Bei dieser unterschiedlichen Prioritätensetzung zwischen den USA und Europa verwies die Bundesregierung eindringlich auf den im Harmel-Bericht beschlossenen Doppelansatz. Die sogenannte Nachrüstung müsse unbedingt von Vorschlägen für Reduzierungen begleitet sein.

Der am 12. Dezember 1979 in einer gemeinsamen Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO gefasste sogenannte „Doppelbeschluss“ (Auswärtiges Amt, S. 469–472) sah die Stationierung von 108 Pershing-II-Raketen bei US-Einheiten in der Bundesrepublik sowie von insgesamt 104 Abschussvorrichtungen für 464 Marschflugkörper – in der Bundesrepublik und weiteren Ländern – vor. Gleichzeitig beinhaltete er das Angebot zu Verhandlungen über eine Begrenzung der weitreichenden Mittelstreckenwaffen, den unilateralen Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen aus Westeuropa und neue Vorschläge für die Aktivierung der KSZE- und MBFR-Verhandlungen.

Außenminister Genscher unterrichtete zwei Tage nach dem NATO-Beschluss den Deutschen Bundestag (Auswärtiges Amt 1995 S. 472–477, S. 473–474): „Die Modernisierung der Mittelstreckenwaffen ist die angemessene Antwort auf die Beeinträchtigung des Gleichgewichts durch die sowjetische Vorrüstung bei den nuklearen Mittelstreckenraketen. Das Rüstungskontrollangebot will verhindern, dass sowjetische Vorrüstung und westliche Nachrüstung einen neuen Rüstungswettlauf einleiten.“

Die Bundesregierung hatte alles getan, um den Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses zu stärken. So ist er ein prägnanter Ausdruck der Harmel-Politik von Verteidigungsfähigkeit und Verhandlungsbereitschaft. In zunehmendem Maße beanspruchte Genscher die „Vaterschaft“ für sich und seine Partei. Vor der FDP-Fraktion sollte er einige Jahre später (nämlich nach dem Koalitionswechsel zur CDU) ausführen (zit. n. Rödder, S. 130): „Nachdem der damalige Bundeskanzler Schmidt westliche Nachrüstung bei weitreichenden nuklearen Mittelstreckenraketen [...] gefordert hat, war es die FDP, die auf ihrem sicherheitspolitischen Kongress in Münster im April 1979 die Notwendigkeit eines Verhandlungsangebots herausgestellt hat. Diese Forderung wurde vom Kabinett und vom Bündnis übernommen. Die FDP hat somit den *Doppelbeschluss* entworfen und für seine Durchsetzung gesorgt.“

Sie war damit nicht ganz allein, aber jedenfalls lässt sich folgendem Fazit zustimmen: „In der Tat wäre der Dislozierungsteil des Beschlusses nicht ohne die Initiative der USA [...] zustande gekommen, ebenso wie der spezifische *Doppelbeschluss*, die Ergänzung der Modernisierung durch neue Angebote zur Rüstungsbegrenzung deutlich die Handschrift der Bundesregierung trug.“ (Haftendorn 2001, S. 284). Und Vertreter aller Parteien unterstützten, mit unterschiedlicher Akzentuierung, Genschers in seiner Bundestagsrede zwei Tage nach dem NATO-Beschluss vor-

getragene Position. Doch stimmt auch die ahnungsvolle Frage derselben Autorin (Haftendorn, S. 288–289): „Aber bestand nicht die Gefahr, dass mit der Koppelung von Nachrüstungsankündigung und Abrüstungsangebot die Sowjetunion Möglichkeiten zur propagandistischen Einwirkung erhielt und außerdem [wegen der von der Bundesrepublik bevorzugten Nicht-Nachrüstung] der Keim für neue Konflikte in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gelegt würde?“

6 Verhandlungsstillstand, Kontroversen und Koalitionswechsel

Da das Abrüstungsangebot lange Zeit keine positiven Ergebnisse zeigte, rückte die „Stunde der Wahrheit“ hinsichtlich der Nachrüstung näher. Die auf den NATO-Doppelbeschluss folgenden Jahre waren hinsichtlich seiner Umsetzung geprägt einerseits von der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen, andererseits vom Anschwellen der so genannten „Friedensbewegung“ und Kanzler Schmidts zunehmendem Verlust innerparteilicher Unterstützung in der Stationierungsfrage.

Die sowjetische Haltung war davon mitbestimmt, dass sie – wie Breschnjews Bonner Rede noch zwei Monate vor dem Doppelbeschluss gezeigt hatte – mit Ablenkungsmanövern konkrete Verhandlungen zu vermeiden trachtete und auf wachsenden Widerstand vor allem in der Bundesrepublik setzte (Wettig 2011, passim). Außerdem verhärteten sich die Ost-West-Beziehungen generell: Nicht-ratifizierung des 1979 unter Mühen ausgehandelten SALT-II-Abkommens im amerikanischen Kongress, Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, Krise in Polen bis hin zur Verhängung des Kriegsrechts. Aber auch Ronald Reagans Wahlkampfaussagen – und dann erste politische Schritte als Präsident – hinsichtlich einer Politik der Stärke und eines „Fensters der Verwundbarkeit“ in der Rüstung sowie seine Einschätzung der Entspannungspolitik als Fehler spielten eine Rolle. Die Bundesregierung befand sich im „Spagat“ (Geiger 2011, S. 117) zwischen Entspannungs- und Abrüstungs-skeptizismus in den USA sowie wachsenden Spannungserwartungen in der deutschen Gesellschaft. Währenddessen trieb die Sowjetunion die Stationierung weiterer SS-20 voran. Nach Sondierungsgesprächen 1980 forderte ein erstes Verhandlungsangebot der USA vom Februar 1982 Parität, während die Sowjetunion stufenweise Reduzierungen und ein Moratorium für die Aufstellung neuer Systeme während der Verhandlungen verlangte. So sollte es bis 1987 dauern, bevor ernsthafte Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen beginnen konnten.

Nicht zu Unrecht hoffte die Sowjetunion auf Widerstand in den westlichen Gesellschaften, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Hier kam es zu einer Emotionalisierung des Themas, welche der „Atomtod“-Debatte der fünfziger Jahre glich und teilweise schon in der öffentlichen Diskussion über die Neutronenbombe angelegt gewesen war. Egon Bahr sprach angesichts von Waffen, die Material schonen und Menschen töten würden, von einer „Perversion des Denkens“ (Gassert 2011, S. 170). Der NATO-Doppelbeschluss wurde dann „zum Kristallisationspunkt eines ursprünglich ökologisch orientierten Protestpotentials“ (Haftendorn 2001, S. 291–292). Die sogenannte „Friedensbewegung“ hatte einen großen Mobilisierungseffekt. Sie forderte den Verzicht auf die Stationierung der Pershing-Raketen und der Marschflugkörper.

Genschers Haltung war klar und eindeutig, sein Stehvermögen eindrucksvoll, weil er von der Richtigkeit der Regierungsposition und des Doppelansatzes überzeugt war und blieb. Beim FDP-Parteitag vom 20. August 1981 stellte er angesichts von Kritikern auch in der eigenen Partei sogar die Vertrauensfrage als Parteivorsitzender und Außenminister, die er mit einer Zweidrittelmehrheit gewann – nicht zuletzt ein Signal an den Koalitionspartner SPD. In seiner Parteitagsrede im November 1982 – nach dem Koalitionswechsel von der SPD zur CDU vornehmlich wegen der Nachrüstungsfrage – rief er aus (Genscher 1995, S. 480–482): „Wir sind nicht bedroht durch westliche Mittelstreckenraketen, die es noch gar nicht gibt, aber wir sind bedroht durch sowjetische SS-20-Raketen, die heute schon auf uns gerichtet sind und die wir durch Verhandlungen beseitigen wollen.“ In der Rede hieß es auch: „Die Vereinigten Staaten sind ernsthaft bemüht, das mit uns vereinbarte Verhandlungsziel der beiderseitigen Nulllösung zu erreichen. [...] Ein Erfolg würde die Nachrüstung auf unserer Seite völlig überflüssig machen. Meine feste Hoffnung auf konkrete Verhandlungsergebnisse gründet sich allerdings auf die Entschlossenheit, an keinem der beiden Teile des Doppelbeschlusses zu rütteln.“ Und schließlich: „Wir müssen in Europa den Weg bereiten vom Nichtkrieg durch Abschreckung hin zum Frieden durch Vertrauen. [...] Wer den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, gefährdet die Verhandlungen.“

Diese konsequente Haltung entsprach auch der des Bundeskanzlers, aber nur in abnehmendem Maße der von dessen Partei. Während in der Bundestagsdebatte vom 8. und 9. März 1979 die CDU-Opposition der Regierung Schmidt-Genscher allenfalls Zögerlichkeit vorgeworfen hatte (Haftendorn 2001, S. 286), aber ihre Gesamtposition unterstützte, hatte sich die SPD von dieser Linie in Gestalt prominenter Exponenten wie z. B. Herbert Wehner, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine längst abgewandt. Unmittelbar vor dem NATO-Doppelbeschluss konnte Schmidt mit Hilfe einer Expertenkommission und dem Verhandlungsziel „Nulllösung“ die offizielle Unterstützung noch sichern, doch erodierte diese Unterstützung in

zunehmendem Maße. Genscher registrierte dies seismographisch und bedauerte es: „Hatte Helmut Schmidt das Verdienst, auf das Problem der sowjetischen Vorrüstung als erster aufmerksam gemacht zu haben, so waren die Bemühungen, den Doppelbeschluss und dann Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen zustande zu bringen, unser gemeinsames Werk.“ (Genscher 1995, S. 423).

Genscher war der Auffassung, Koalitionen seien „Bündnisse auf Zeit“ (Genscher 1995, S. 188), und nach zwölf Jahren hatten sich die Gemeinsamkeiten der sog. sozialliberalen Koalition erschöpft. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik brachte das schon sein „Wendebrief“ vom 20. August 1981 zum Ausdruck, der sich angesichts der schwierigen Haushaltslage gegen „Anspruchsmentalität“ und für Selbstverantwortung aussprach (Genscher 1995, S. 447–448) und eine „Wende“ forderte – Genscher zufolge weiterhin möglichst *innerhalb* der Koalition (Genscher 1995, S. 447–448). Der sich gleichwohl abzeichnende Koalitionswechsel führte zu einer Zerreißprobe für die FDP (mit Baum, Verheugen und Matthäus-Maier als prominenten Widersachern). Beim Bundesparteitag am 5.–7. November 1982 stellte Genscher fest, eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei notwendig, aber eine Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik – gemeint war der NATO-Doppelbeschluss – müsse verhindert werden (Genscher 1995, S. 479).

Am 1. Oktober 1982 wurde Bundeskanzler Helmut Schmidt im konstruktiven Misstrauensvotum gestürzt, nachdem am 17. September die vier FDP-Minister zurückgetreten waren. Am 16. September hatte Manfred Wörner, CDU, im Deutschen Bundestag festgestellt: „Die SPD nimmt Abschied von der Politik des Bündnisses und der Regierung. Prügeln Sie dafür nicht den Bundesaußenminister, prügeln Sie dafür nicht die CDU/CSU, sondern fassen Sie sich an die eigene Nase!“ (Genscher 1995, S. 461). Ungeachtet der Tatsache, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die FDP wichtige Motive für den Koalitionswechsel ergab, war wohl die Nachrüstungsfrage der letztlich entscheidende Grund dafür, „dass ein außen- und sicherheitspolitischer Riss durch die Regierungskoalition ging, der der Politik der Bundesregierung die Grundlage entzog“ (Genscher 1995, S. 461).

Wenn man in anderen Zusammenhängen, z. B. in der Frage der Modernisierung der LANCE-Raketen, siehe unten, Genscher „Entspannung um jeden Preis“ oder, sehr negativ konnotiert, v. a. von amerikanischer Seite „Genscherismus“ vorgeworfen hat: Im Fall der Nachrüstung, des „harten“ Teils des NATO-Doppelbeschlusses, hielt er stand. Ebenso Helmut Kohl, seit Oktober 1982 Bundeskanzler.

7 Regierung Kohl/Genscher, „Friedensbewegung“ und Nachrüstung

Helmut Kohls außenpolitisches Werte- und Interessengerüst war neben der europäischen Idee in besonderem Maße geprägt von der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Integration in das transatlantische Bündnis. So waren die „außenpolitischen Koordinaten“ (Fröhlich 2001, S. 139⁴) der neuen Regierung „Bündnistreue und pragmatische Ostpolitik“ (Fröhlich 2001, S. 138). In seiner ersten Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 bekannte Kohl sich zur vollständigen Implementierung des Doppelbeschlusses: „Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluss der NATO von 1979. [...] Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach innen vertreten: den Verhandlungsteil und – wenn notwendig – auch den Nachrüstungsteil. [...] Nur wenn die Sowjetunion weiß, dass sie mit einer Stationierung der amerikanischen Systeme ab Ende 1983 in Europa fest rechnen muss, kann mit ihrer Bereitschaft gerechnet werden, zu guten Verhandlungsergebnissen beizutragen.“ (Auswärtiges Amt 1995, S. 494–499, S. 496).

Auch im Wahlkampf verhehlten er und Genscher gegenüber den Wählerinnen und Wählern ihre diesbezügliche Haltung nicht – angesichts der „Friedensbewegung“ mutig und riskant und ein Zeichen fester Führungskraft. Das geschah in einer weiterhin aufgeheizten, emotionalisierten politischen Atmosphäre, die der Sowjetunion und der DDR recht war, aber bei den Alliierten zu Besorgnis führten. Am 20. Januar 1983 schaltete sich sogar der französische Staatspräsident Mitterrand in seiner Bundestagsrede aus Anlass des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags in die Nachrüstungsdebatte und damit indirekt in den deutschen Wahlkampf ein: „Mein innigster Wunsch geht dahin, dass es in den Genfer Verhandlungen gelingen möge, eine Gefahr zu beseitigen, die ganz ausgeprägt auf den europäischen Partnern lastet, die keine Atomwaffen besitzen. Aus diesem Grunde muss die gemeinsame Entschlossenheit und die Solidarität der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses eindeutig bekräftigt werden, damit die Verhandlung gelingt — gelingt! —, und dies ist die notwendige Voraussetzung für die Nichtstationierung der im Doppelbeschluss vom Dezember 1979 genannten Waffen.“ (Deutscher Bundestag 1983, S. 8978C–8992A, S. 8987C).

Noch drei Tage vor dem Wahltag stellten Kohl, Strauß und Genscher in der Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden ihre „Absicht, den NATO-Doppelbeschluss durchzuführen und die Raketen zu stationieren, bei der Bundestagswahl

4 Bei Fröhlich (2001, S. 138–186) sehr differenzierte Analyse des Zusammenspiels zwischen Kanzleramt, Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in der Frage des Doppelbeschlusses und der Nachrüstung in Kohls Regierung.

zur Abstimmung“ (Genscher 1995, S. 463). Der SPD-Spitzenkandidat, Hans-Jochen Vogel, konnte ihrer Aufforderung zu eindeutiger Stellungnahme nicht nachkommen. Denn es war zutreffend, was Schmidt bei der Ablehnung erneuter Kanzlerkandidatur festgestellt hatte: „Mir ist auch klargeworden, dass manche Genossen die genannten Kontroversen [...] lediglich vorübergehend zurückstellen wollen.“ (Genscher 1995, S. 463). Auf dem Kölner SPD-Parteitag hatte er für den Doppelbeschluss nur noch 13 Unterstützer. In der vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 erhielten Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher eine deutliche Mehrheit und damit eine klare demokratische Legitimation für das zunächst durch den Koalitionswechsel der FDP zustande gekommene christlich-liberale bzw. schwarz-gelbe Regierungsbündnis. Neben der Haushaltskonsolidierung bestand seine erste herausfordernde Aufgabe in der angekündigten Stationierung der Raketen.

Indessen gewann die „Friedensbewegung“ Zulauf. Ihre historische Bewertung soll hier nicht unternommen werden. Hans-Ulrich Wehler sah in ihren Aktivitäten und besonders im Krefelder Appell von 1980 den Beweis für das Unvermögen, „die gebotene machtpolitische Antwort auf die neue sowjetische Bedrohung zu verstehen“ (Wehler 2008, S. 250), während Peter Graf von Kielmannsegg vermutete, es habe sich „in der Friedensbewegung eine in den Jahrzehnten des Schreckensgleichgewichts lange verdrängte und aufgestaute Elementarangst vor der nuklearen Katastrophe mit jäher Plötzlichkeit Bahn“ gebrochen (Wehler 2008, S. 350). Wie die historische Einordnung ihrer Wirkung kann auch der, wie heute bekannt, erhebliche Einfluss Moskaus und des DDR-Staats sicherheitsdienstes auf die westdeutsche „Friedensbewegung“ hier nicht erörtert werden (Heidemeyer 2011). Genscher war bewusst, dass – auch angesichts fehlender Sprachbarrieren – eine Unterwanderung der „Friedensbewegung“ seitens der DDR stattfand. Aber er war nicht geneigt, die Bedeutung der Demonstrationen zu überschätzen und blieb überzeugt, die Regierung habe die Kraft zum Durchstehen (Genscher 2014). Das Bewusstsein, Deutschland sei „der Eckpfeiler für das Zustandekommen, die Durchsetzung und das Festhalten am NATO-Doppelbeschluss“ (Genscher 1995, S. 507) war dabei leitend.

Beim Hamburger 19. Evangelischen Kirchentag am 20. Juni 1981 demonstrierten die 120.000 Teilnehmer gegen die Nachrüstung, ebenso anlässlich von Reagans Deutschlandbesuch im Oktober Hunderttausende im Bonner Hofgarten, beim Antikriegstag 1983 Anfang September gab es die „Prominentenblockade“ bei Mutlangen vor einem der P II-Stationierungsorte. Höhepunkt war dann der bundesweite „Aktionstag“ am 22. Oktober 1983 mit einer 108 km langen Menschenkette von Neu-Ulm nach Stuttgart und der Großdemonstration im Bonner Hofgarten mit über 300.000 Teilnehmern. Die Debatte über den NATO-Doppelbeschluss war, so eine Forschungsthese (Gassert 2011, S. 176), „mehr als ein sicherheitspolitischer

Streit. Sie war ein Katalysator der Selbstverständigung über zentrale politische und gesellschaftliche Fragen“ in der Bundesrepublik. Aber 1982 konzentrierte sie sich auf die Frage der Raketen-Nachrüstung und bedeutete nach Bewertung eines anderen Autors, dass „eine Massenbewegung, wie sie die Bundesrepublik noch nicht gesehen hatte, mit außerordentlicher Vehemenz in die bisher Expertenzirkeln vorbehaltenen Gefilde der Sicherheitspolitik ein[brach]. [...] Die Friedensbewegung hat die westdeutsche Sicherheitspolitik in ihren Fundamenten erschüttert.“ (Kielmannsegg 2000, S. 234). Der öffentliche Druck war gewaltig.

Trotzdem stimmte der Bundestag am 22. November 1983 nach eindringlichen Appellen Kohls und Genschers mit der Koalitionsmehrheit für die Stationierung (Dt. Bundestag 1983, Protokolle 10/35 und 10/36). „Sie sind ein Verleumder, Herr Genscher!“ schleuderte ihm in der Debatte der Abgeordnete Roland Vogt, Die Grünen, entgegen. „Gehen Sie doch einmal raus, und sehen Sie, was da läuft!“ (Dt. Bundestag 1983, S. 2356B). Eine weniger standfeste Regierung hätte auch angesichts der Ablehnung der Stationierung in breiten Bevölkerungskreisen⁵ wohl zurückweichen mögen. Aber Kohl war der Auffassung, es ging „letztlich um die Frage, ob wir noch ein zuverlässiger Partner [in der NATO] sind“ (Kohl 1996, S. 26). Und Genscher meint noch heute, es wäre „das Ende der NATO“ gewesen, hätte man die Entscheidung nicht durchgehalten (Genscher 2014).

Die Sowjetunion brach am 23. November die 6. Runde der INF-Verhandlungen ab. Weiterhin von Protestaktionen begleitet, wurde im Bündnis die Stationierung der Pershing II – nur in der Bundesrepublik, beginnend wenige Tage nach der Bundestagsentscheidung und bis 1985 abgeschlossen – sowie der Abschussvorrichtungen für Marschflugkörper (*cruise missiles*) in Großbritannien (größtenteils noch 1983), Italien (1984), Belgien (1985) und Bundesrepublik (bis 1986) durchgeführt. Nur in den Niederlanden kam es nicht mehr zur geplanten Stationierung. Unter Breschnews beiden Nachfolgern gab es keine Aussicht auf sowjetisches Einlenken; vielmehr wurde eine „Eiszeit“ im Verhältnis zum Westen angedroht (Wettig 2011, S. 63). Gleichwohl blieb das deutsch-deutsche Verhältnis, auch ein Bonus der Ostpolitik vorangegangener Jahre, davon relativ unberührt: Die DDR benötigte die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile und „scherte daher aus der Ablehnungsfront aus, auf die der Kreml die Staaten des Warschauer Pakts zu verpflichten suchte“ (Wettig 2011, S. 64; Wentker).

Es bedurfte des Wechsels in der sowjetischen Führung, bis sich Aussicht auf erfolversprechende Verhandlungen ergab.

5 Nach einer Gallup-Umfrage waren im November 1983 ca. 67 % der wahlberechtigten Bundesbürger gegen die Raketenstationierung (und auch 68 % der Niederländer, 58 % der Briten, 54 % der Italiener und 54 % der Franzosen) (vgl. Bess 1993, S. 137).

8 Gorbatschow und INF-Vertrag

Mit „Zeitenwende mit neuen Partnern“ ist Teil V von Genschers *Erinnerungen* überschrieben. Damit ist in erster Linie Michail Gorbatschow gemeint, seit 12. März 1985 Generalsekretär der KPdSU – für Genscher „ein Tag, der zu einem historischen Datum werden sollte“ (Genscher 1995, S. 469). Gorbatschow, der auf die rasch hintereinander verstorbenen „Gerontokraten“ Breschnew, Andropow und Tschernenko folgte, hatte sich zum Ziel gesetzt, den Niedergang der Sowjetunion zu beenden, zu dem Haushaltsdefizite, Nahrungsmittelknappheit – mit der Notwendigkeit erheblicher Weizeneinfuhren aus den USA –, industrielle Rückständigkeit, Kosten der ungebremsen Rüstung in Konkurrenz mit den USA und des Afghanistan-Engagements beitrugen. Angesichts der Notwendigkeit innerer Neugestaltung und eines entspannteren Verhältnisses zum Westen schlug Gorbatschow in der Wirtschafts-, Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik einen fast revolutionär zu nennenden neuen Kurs ein. *Perestrojka* (Umbau) und *Glasnost* (Offenheit mit vorsichtiger Liberalisierung) kennzeichneten die Reformbemühungen im Innern; in der Außenpolitik proklamierte er ein „neues Denken“, das zum „Gemeinsamen Haus Europa“ führen sollte.

Es gab im Westen großes Rätselraten darüber, „how to read Gorbachev“ und wie ernst seine Rüstungskontrollvorschläge und Gesprächsangebote zu nehmen waren (Wittmann, S. 17-28⁶), viel Spekulation über seine Ernsthaftigkeit und auch seine Möglichkeiten, Wandel durchzusetzen.⁷ Inmitten dieser Ungewissheit war Genscher wohl der erste westliche Staatsmann, der Gorbatschow in seinen Intentionen ernstnahm. Sein erstes Treffen mit ihm bereitete er in äußerst gründlicher Weise vor durch Gespräche u. a. mit Staatpräsident Mitterrand, der Gorbatschow schon getroffen und von ihm zumindest von der Möglichkeit einer vollständigen Abrüstung von Pershing II und SS-20, also einer Null-Lösung, vernommen hatte.

Diese erste Begegnung Genscher-Gorbatschow, die am 21. Juli 1985 in Moskau stattfand, legte eine Vertrauensbasis und bot sehr weitreichende Anknüpfungspunkte. Das bemerkenswert ausführliche und offene Gespräch (Genscher 1995, S. 493–504; vgl. Kwizinskij, S. 408–412) über ein „europäisches Haus“, Friedensordnung,

6 Der Autor des vorliegenden Essays hatte in einer Studie des International Institute for Strategic Studies im Zusammenhang mit den Aussichten für konventionelle Rüstungskontrolle dafür plädiert „to seek to establish what opportunities the ongoing change in the USSR offers for furthering legitimate Western aims [...] and to make intelligent, prudent and constructive use of the Soviet Union's apparently changed assessment of its situation and needs.“ (Wittmann 1989, S. 17–18).

7 Sehr treffend wurde das 1986 bei einer Konferenz ausgedrückt: „Perestrojka may be a purgatory for the Soviet Union – it is certainly hell for Sovietologists!“

Helsinki, Harmel, zugespitzt über Raketenstationierung, vage über Möglichkeiten deutscher Einheit, führte über Genschers Vorschlag, „in den Ost-West-Beziehungen einen neuen Anfang zu wagen“, zu Gorbatschows Aufforderung „Lassen Sie uns eine neue Seite aufschlagen in unseren Beziehungen.“ (Genscher 1995, S. 501). „Das“, so Genscher, „war der entscheidende Satz.“

Dem Bundeskabinett teilte Genscher als seine Bewertung mit, man habe es „mit einer völlig neuen sowjetischen Führung“ zu tun, und verbürgte sich für „Beständigkeit und Ernsthaftigkeit des neuen Kurses“. (Genscher 1995, S. 508). Auch in den USA berichtete er seinem Kollegen Shultz über seine Einschätzungen. Indes war die amerikanische Führung unter dem Ende 1984 wiedergewählten Präsidenten Reagan skeptisch. Auch Bundeskanzler Kohl gehörte zu denen, die eher sowjetische Propaganda am Werk sahen, und machte den fast unverzeihlichen Fehler, Gorbatschow diesbezüglich in einem Newsweek-Interview mit Goebbels zu vergleichen. Sein Außenminister musste viel Mühe investieren, um die Gesprächsfäden wieder zusammenzufügen (Genscher 1995, S. 515–522). Aber da schon Bundespräsident von Weizsäcker ihn gelegentlich eine „personifizierte vertrauensbildende Maßnahme“ genannt hatte, gelang auch dies (Heumann 2012, S. 46).

Trotz der Skepsis hatte auch Reagan, nach seiner ersten durch harsche Rhetorik, Aufrüstung und die Strategic Defense Initiative („Star Wars“) gekennzeichneten Amtszeit für die zweite den Ehrgeiz weitreichender Abrüstungserfolge (Haftendorn 2001, S. 306). Das „Reagan reversal“ war möglich, weil die USA nun – auch nach begonnener Stationierung – aus einer Position der Stärke verhandeln konnten (Schwabe, S. 81). Es traf sich mit den Veränderungen im Kreml und entsprach den Wünschen im demokratisch kontrollierten Kongress sowie dem Entspannungsinteresse der Europäer. Auf dem Gipfeltreffen von Reykjavik am 11.–12. Oktober 1986 führten Reagan und Gorbatschow einen äußerst weitreichenden Gedankenaustausch über nukleare Abrüstung und fassten sogar die völlige Abschaffung aller Atomwaffen ins Auge. Einer Vereinbarung über die Mittelstreckenraketen kam man einen erheblichen Schritt näher, weil die Sowjetunion auf einen der Stolpersteine, die Forderung nach Anrechnung von „Drittstaatensystemen“ (Frankreich und Großbritannien) verzichtete (siehe Fröhlich, S. 147–148). „Es gibt kein Zurück in die Zeit vor Reykjavik“, frohlockte Genscher Anfang Januar in München (Genscher 1995, S. 524). Dies entsprach also den von ihm immer wieder formulierten deutschen und Bündnisinteressen, wenngleich er in Reagans neuer Linie die implizite Delegitimierung von Nuklearwaffen generell problematisch fand (Genscher 1995, S. 528). Jedenfalls boten sich in Genschers Sicht neue Chancen im Ost-West-Verhältnis und Möglichkeiten für Rüstungskontrollpolitik als funktionales Instrument der Kooperation.

In einer großen programmatischen Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos zog Genscher in geradezu leidenschaftlicher Überzeugungsarbeit für Gorbatschow alle Register: Das Überleben der Menschheit verlange Zusammenarbeit u. a. bei der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen. „Wer Gorbatschows Erklärungen beim Wort nehmen will, muss zur Zusammenarbeit bereit sein. Wer Zusammenarbeit verweigert, versündigt sich an den eigenen Interessen. Der Westen hat keinen Anlass, die Zusammenarbeit zu scheuen. Unsere Devise kann nur lauten: Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort! Wenn es heute die Chance geben sollte, dass nach vierzig Jahren Konfrontation ein Wendepunkt erreicht werden könnte, dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn der Westen diese Chance vorübergehen ließe, nur weil er sich nicht aus einem Denken lösen kann, das beim Blick auf die Sowjetunion immer nur einzig und allein den schlimmsten Fall anzunehmen vermag.“ (Genscher 1995, S. 526–527).

Wohl nicht zuletzt, weil er in dieser Rede auch eine „Politik der Stärke“ und des „In-die-Ecke-Rüstens“ verwarf, stieß sie nicht nur auf viel Zustimmung, sondern vielfach auf große Skepsis, und „Genscherism“ wurde bei vielen in der angelsächsischen Welt zum Synonym für illusionsgeleitete Bereitschaft zum Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion. Doch Genscher war sich seiner Sache sicher, hatte Gorbatschow kennen und „lesen“ gelernt und inzwischen auch zum sowjetischen Außenminister Schewardnadse ein Vertrauensverhältnis entwickelt. Und Gorbatschow fand ihn vertrauenswürdig mit seinem Verantwortungsgefühl für Gegenwart und Zukunft (Gorbatschow, S. 213–214). Berechenbarkeit und Vertrauensgewinn bei seinen Gesprächspartnern waren in der Tat große Stärken Genschers. „Das Kernproblem war nicht mehr die Frage, ob man Gorbatschow trauen, sondern vielmehr die, wie der Westen am besten die durch ihn eröffneten Möglichkeiten nutzen konnte, um das Ziel einer gesamteuropäischen gerechten und dauerhaften Friedensordnung zu verwirklichen und damit auch das Ziel des Harmel-Berichts, die deutsche Einheit.“ schreibt Genscher in seinen Memoiren (Genscher 1995, S. 527).

Am 26. Februar 1987 erklärte sich Gorbatschow zu einem separaten Abkommen über die LRTNF und Short Range Intermediate Nuclear Forces (SRINF), also zur *doppelten Null-Lösung* auf der Grundlage früherer Reagan-Vorschläge einverstanden. Das Junktim mit der Strategischen Verteidigungsinitiative und auch dem ABM-Vertrag wurde aufgegeben, Drittstaatensysteme blieben unberücksichtigt, und für strittige Verifikationsfragen fanden die Unterhändler Lösungen.

Genscher beansprucht für sich die „Erfindung“ der Null-Lösung (Genscher 2014), andererseits war sie schon im Doppelbeschluss angelegt. Beides schließt sich nicht aus; schon in Kohls erster Regierungserklärung hieß es: „Die Bundesregierung hält am westlichen Verhandlungsziel der beiderseitigen Null-Lösung fest, d. h. am völligen

Verzicht auf landgestützte sowjetische und amerikanische Mittelstreckensysteme.“ (Auswärtiges Amt 1995, S. 494–499, S. 496). Andererseits gab es wie im Bündnis auch innerhalb der Koalition viel Diskussion um die Alternative Abschaffung vs. Obergrenzen. Diese können hier nicht nachgezeichnet werden (siehe Rühl 1987 und Fröhlich 2001, *passim*). Jedenfalls stand der Bundeskanzler zwischen denen v. a. im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und in der CSU, die auf lückenlosem nuklearem Spektrum bestanden und Sorge vor „Denuklearisierung“ und „Abkoppelung“ ausdrückten, und Außenminister Genscher mit seiner FDP, für die Rüstungskontrolle im Rahmen eines umfassenden Entspannungs- und östpolitischen Konzepts Priorität hatte. In ihrer Selbstdarstellung war die FDP *die* Partei der Kontinuität (Rödter 2011, S. 130). Rückblickend wird Genscher zitiert, er habe „nie richtig verstanden, unter wessen Druck der Kanzler bei der Doppel-Null-Lösung wie auch in der Frage der Einbeziehung der Pershing IA letztendlich stand“ (Fröhlich 2001, S. 157–158). Nach außen hin wurden unterschiedliche Positionen innerhalb der Koalition in der Formel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ integriert oder auch übertüncht (Fröhlich 2001, S. 132).

Trotzdem gab es zwischen diesen „Fraktionen“ langwierige Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition auch um die doppelte *Null-Lösung*, die Systeme unterhalb einer Reichweite von 1000 km einschließen sollte.⁸ Genscher vertrat sie konsistent, auch weil er in ihrem Gefolge auf Fortschritte auch bei der konventionellen Rüstungskontrolle und bei der Entspannung generell hoffte. Doch gab es in der Koalition lange keinen Konsens (Haftendorn 2001, S. 298). Als aber die USA, die an Gefechtsfeldwaffen kurzer Reichweite und auch deren Modernisierung festhalten wollten, den Kohl-Vorschlag zu deren Einbezug in Folgeverhandlungen über die Kurzstreckenraketen ablehnten, musste die Bundesregierung um der Glaubwürdigkeit ihrer Abrüstungsbestrebungen willen der doppelten Null-Lösung zustimmen. Genscher hatte sich auch hier durchgesetzt (Fröhlich, S. 176). Am 4. Juni 1987 beschloss die Koalition, die doppelte Null-Lösung zu akzeptieren, wobei sie – als Wunsch, nicht als Bedingung mit Anspruch auf Erfüllung – nachdrücklich angesichts des dort bestehenden Ungleichgewichts auf die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses auch für Reichweiten unter 500 km plädierte (Haftendorn 2001, S. 301–302.)

So wurde am 8. Dezember 1987 in Washington der so genannte INF-Vertrag von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow unterzeichnet. Mit ihm wurde historisch erstmals eine ganze Waffenkategorie weltweit beseitigt und nicht

8 Hier gibt es viel Begriffsverwirrung: *Null-Lösung* bezog sich auf die LRTNF bzw. INF mit Reichweiten zwischen 1000 und 5500 km, *beiderseitige Null-Lösung* bezog sich auf Ost und West, *doppelte Null-Lösung* (wie sie dann auch zustande kam) sollte auch die Systeme kürzerer (aber nicht „kurzer“) Reichweite beseitigen, also der SRINF.

nur auf Obergrenzen reduziert, wobei, ebenfalls erstmals, wirksame Verifikationsverfahren vereinbart wurden. Der Vertrag betraf Mittelstreckenraketen mittlerer Reichweite (1000 bis 5500 km – der ursprüngliche Verhandlungsgegenstand) und Systeme kürzerer Reichweite (500 bis 1000 km). Die 72 mit amerikanischen Sprengköpfen ausgerüsteten Pershing-IA-Raketen der Bundeswehr, lange ein weiterer Streitpunkt innerhalb der Bonner Koalition, wurden einbezogen. Dazu hatte der Außenminister – für den sie nach seiner Aussage „ein Illusionsspielzeug“ waren, „das deutsche Beteiligung vorspiegelte“ (Genscher 2014) – den Bundeskanzler mit viel Mühe bewegt (vgl. Genscher 1995, S. 572-576). Der Tag der Unterzeichnung des INF-Vertrags war für Genscher „ein Tag tiefer Befriedigung. [...] Nur die FDP konnte für sich in Anspruch nehmen, diesen revolutionären Durchbruch in allen Schritten bewirkt zu haben. Die SPD war bei der Stationierungsentscheidung abgesprungen, und die CDU/CSU musste bei der Zustimmung zur doppelten Nulllösung zum Jagen getragen werden.“ (Genscher 1995, S. 580).

9 Ein Nachspiel

Ein Nachspiel, bei dem Genscher erneut gegen Widerstände bei seiner Linie blieb, aber seitens der USA in besonderem Maße des „Genscherismus“, also zu großen Entgegenkommens gegenüber der Sowjetunion unter Vernachlässigung (angeblicher) westlicher Sicherheitsinteressen bezichtigt wurde, gab es um den Plan, die amerikanischen Lance-Raketen in Deutschland zu modernisieren. Dies waren Systeme mit einer Reichweite von 130 km, seit Mitte der siebziger in der Korpsartillerie der Bundeswehr eingeführt. Sie sollten durch Systeme mit einer Reichweite von knapp unter 500 km ersetzt werden, und die USA setzten die Bundesregierung unter Druck, indem sie im Falle deutscher Verweigerung die Stationierung von US-Truppen als gefährdet darstellten (US-Verteidigungsminister Carlucci: „No nukes, no troops!“). In Deutschland dagegen wurde gegen die so genannten Gefechtsfeldwaffen der Slogan geboren „Je kürzer die Reichweite, umso toter die Deutschen“ (Haftendorn 2001, S. 302). Man schrieb das Jahr 1988. Genscher fand die Debatte „völlig überflüssig“ (Genscher 1995, S. 581), mehr noch, die Pläne erschienen ihm gefährlich und kontraproduktiv im Sinne der weiteren Entspannungs- und Abrüstungshoffnungen und auch angesichts der sich anbahnenden Veränderungen im Osten. (Genscher 1995, S. 611-620). Genscher überwand erhebliche Widerstände in der Koalition, wo die CDU mehrheitlich eine *dritte Null-Lösung* ablehnte, und setzte zunächst auf Verschiebung, bis der Gang der Ereignisse möglicherweise die Pläne obsolet gemacht haben würden (Heumann 2012, S. 191/2).

Schließlich setzte die Bundesrepublik beim NATO-Gipfel im Mai 1989 im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ihr lange geforderten „Gesamtkonzepts“ zur Rüstungskontrolle eine Vertagung der Modernisierungsentscheidung auf 1992 durch. „Der ‚Genscherismus‘ [war] NATO-Doktrin geworden“, stellte sein Nachfolger Kinkel mit leichtem Sarkasmus fest (Kinkel, S. 19). Fall der Mauer, Wegfall der östlichen Bedrohung, konventionelle Rüstungskontrolle und deutsche Wiedervereinigung machten dann alle entsprechenden Pläne obsolet – wären aber bei einer NATO-Aufrüstungsentscheidung möglicherweise gar nicht zustande gekommen, wenn diese kontrafaktische Gedankenspielerlei zu Genschers Weitsicht und Durchsetzungskraft zulässig ist.

10 Schlussbetrachtung

Die liberal-idealistische Theorie der Internationalen Beziehungen will nach Wertvorstellungen und Menschheitszielen die Welt gestalten. Die realistische Theorie geht von Machstreben und Machtverhältnissen aus. Heumann zeigt in seinem Beitrag über „Liberaler Außenpolitik“ in diesem Band, dass „Macht“ und „Verantwortung“ zu Unrecht – teilweise auch von Genscher selbst – als Gegensatz stilisiert werden (Heumann 2014, S. ...). Angesichts der Art und Weise, in welcher der langjährige deutsche Außenminister Genscher unter einfühlsamer Berücksichtigung von Interessen aller Seiten das „Umfeld gestaltete“ (Czempiel 1995), muss man feststellen, dass er der eigentliche Realist war. „Die Kooperation hat die sozialistischen Systeme nicht stabilisiert“, konnte er rückblickend feststellen, „sondern im Gegenteil die Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen sie sich friedlich verändern konnten.“ (Genscher 1995, S. 490). Schon in seiner Stuttgarter Rede von 1966 hatte er ja von der Notwendigkeit gesprochen, „die Voraussetzungen [für die friedliche und freiheitliche Lösung der deutschen Frage] herbeizuführen“ (Genscher 1995, S. 93). Als notwendigen „Ehrgeiz der Deutschen“ sah er es an, „Ideen für die Architektur eines solchen Sicherheitssystems zu entwickeln“, die Liberalen sollten „Vorreiter sein, wo andere zögern“ (Genscher 1995, S. 97, S. 96).

Viel Relativierendes lässt sich anführen: Natürlich konnte auch Genscher nur im Geflecht seiner Partei, der Koalition, der innenpolitischen Situation und der außenpolitischen strukturellen wie personellen Konstellationen erfolgreich sein. Auch mag es sein, dass Genschers eigener Rückblick die persönliche Rolle und Leistung überaus stark im Vordergrund sieht, mag er Außenpolitik bisweilen als „one-man show“ geführt haben (Czempiel 1995), mag „Genschmans“ Kommunikationsstrategie und die von Anhängern und Angehörigen der „Genscher-Schule“ vorangetriebene

Public Relations zu manchem Spott Anlass gegeben haben, mag es zutreffen, dass zu den Forschungsdesiderata eine genauere Analyse der Haltung Genschers und der FDP in der sicherheits- und innenpolitischen Debatte gehört (Gassert et al. 2011b, S. 28) – was im vorliegenden Überblick nicht geleistet werden kann.

Gleichwohl lässt sich zum Thema „Genscher und der NATO-Doppelbeschluss“ zusammenfassend feststellen: Der Parteipolitiker und Außenminister war fest im westlichen Bündnis verankert, hatte den Harmel-Ansatz „Verteidigungsfähigkeit und Entspannung“ zur Richtschnur erhoben und legte eine starke Betonung auf dessen zweiten Teil, im Sinne einer realistischen Ost-Politik, wie sie in seiner Arbeit für den Erfolg der KSZE zum Ausdruck kam. Immer war die Lösung der „deutschen Frage“ das Fernziel, wobei er diese in den europäischen Rahmen einfügte und auf die Gestaltung der Voraussetzungen hinarbeitete. Er teilte Bundeskanzler Schmidts Besorgnis über die sowjetische Mittelstreckenraketenrüstung, hatte großen, möglicherweise originären, Anteil am Konzept des NATO-Doppelbeschlusses, unterstützte den Kanzler angesichts der erodierenden Unterstützung in der eigenen Partei, trat konsequent für die Implementierung beider Teile des Beschlusses ein und blieb standfest angesichts der Emotionalisierung der Nachrüstungsdebatte durch die „Friedensbewegung“. Der Koalitionswechsel von der SPD zur CDU/CSU war kein „Verrat“ und neben den wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen in starkem, wenn nicht überwiegendem Maße von der Notwendigkeit kontinuierlicher prinzipienfester deutscher Außen- und Sicherheitspolitik motiviert.

Genscher hat die Chance, die Gorbatschow zu bieten schien, als erster und am konsequentesten ergriffen. Er hatte das Nullsummen-Denken, bei dem eine Seite nur auf Kosten der anderen gewinnen kann, überwunden. Kooperation mit der Sowjetunion (bzw. später mit Russland) war für ihn notwendige Bedingung einer europäischen Sicherheitsordnung. Die Mittelstrecken-Abrüstungsverhandlungen hat er in einem erfolgsversprechenden Sinne entscheidend mitgeprägt bis hin zum INF-Vertrag, der nicht nur erstmals eine ganze Waffenkategorie abschaffte, sondern auch Anlass zur Hoffnung auf weitere Abrüstung, Entspannung und Kooperation bot und dazu beitrug, die Aussicht auf die deutsche Einigung zu eröffnen.

Es lässt sich darüber streiten, wieweit das konsequente Festhalten am NATO-Doppelbeschluss *das* ausschlaggebende Moment zur Beendigung des Kalten Krieges und zur Erreichung der deutschen Einheit war. Fröhlich (2001, S. 186) nennt den INF-Vertrag und die Einigung in der Kurzstreckenfrage „die entscheidenden Katalysatoren“, für Schwabe (2001, S. 65) markieren der NATO-Doppelbeschluss „und mehr noch seine Folgen [...] den entscheidenden Meilenstein der internationalen Beziehungen auf dem Wege zu der großen Wende von 1989/90 und zum Ende des Kalten Krieges“. Die Herausgeber des hier mehrfach herangezogenen Tagungsbandes zu Geschichte und Wirkung des NATO-Doppelbeschlusses weisen auf divergierende

Bewertungen hin: „Die Sowjetunion verlor den Kalten Krieg.“ Oder aber: Die „Friedensbewegung“ half „das Vertrauen zu bilden [...], so dass Michail Gorbatschow zum Einlenken bereit war.“ „Oder war der sowjetische Paradigmenwechsel auf ganz andere Ursachen zurückzuführen?“ (Gassert et al. 2011b, S. 17–18). Wenn der „triumphalistischen Ex-post-Perspektive“ entgegengesetzt wird, dass die „Konzeption [...], gewünschte Rüstungskontrollerfolge mittels Aufrüstungsdrohung erzwingen zu wollen, schon wenige Wochen nach dem Doppelbeschluss [nämlich mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und dem drohenden Zusammenbruch der Entspannung] „grandios gescheitert“ war (Geiger 2011, S. 121), so führt das zu der Frage, wie sich die Geschichte ohne die Amtsübernahme durch Gorbatschow entwickelt hätte. Und Genscher (1995, S. 507) zitiert aus dem Jahre 1993 Gorbatschow selbst mit der Feststellung, der NATO-Doppelbeschluss sei die eigentliche Ursache für den Kurswechsel in der sowjetischen Außenpolitik gewesen.

Jedenfalls war der deutsche Außenminister Genscher derjenige, der Gorbatschow „beim Wort nahm“ und ganz entscheidenden Einfluss auf Vertrauensbildung, Überzeugung nach allen Seiten, Entscheidungsvorbereitung und Zustandekommen west-östlicher Einigung hatte. Da erscheint es geradezu tragisch, dass heute (Sommer 2014) nicht nur in der Ukraine-Krise das für Europa nach dem Kalten Krieg geschaffene Regelwerk von Präsident Putin in Gefahr gebracht wird, sondern dass nun auch Zweifel an Russlands Vertragstreue in Sachen INF-Vertrag, dem Ergebnis des NATO-Doppelbeschlusses, geäußert werden⁹. Die dem Harmel-Prinzip eigene Grundphilosophie „Festigkeit und Dialogangebot“ ist weiterhin gültig und wird von EU und NATO sowie insbesondere von der Bundesregierung auch hinsichtlich der russischen Vorgehensweise in der Ukraine konsequent angewandt. Aber: Bedarf es für einen Neuanfang nicht abermals grundsätzlich „neuen Denkens“ in Russland – und möglicherweise eines neuen Gorbatschow?

Literatur

Auswärtiges Amt (Hrsg.). (1995). *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*. Berlin: Verlag Wissenschaft und Politik.

⁹ Die USA werfen Moskau vor, vertragswidrig seit 2008 Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 500 km zu testen (FAZ 2014).

- Bess, M. (1993). *Realism, utopia and the mushroom cloud. Four activist intellectuals and their strategies for peace, 1949–1989*. Chicago: University of Chicago Press.
- Boll, F., & Hansen, J. (2011). Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 203–229). München: Oldenburg.
- Bredow, W., von. (2006). *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Czempiel, E.-O. (1995, 19. Sep.). Außenpolitik als Umweltveränderung. Genscher formt seine Erinnerungen zur historischen Gesamtdarstellung. Rezension. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Deutscher Bundestag 1983, Stenographischer Bericht. 142. Sitzung 20.1.1983. Plenarprotokoll 9/142, S. 8977A-8992C.
- Deutscher Bundestag 1983, Stenographische Berichte 35. und 36. Sitzung 21. und 22. 11.1983. Plenarprotokolle 10/35 und 36.
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2014, 30. Juli). *Obama kritisiert Moskau*, S. 2.
- Fröhlich, S. (2001). „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. *Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung*. Paderborn: Schöningh.
- Gassert, P. (2011). Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschlusses als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 175–202). München: Oldenburg.
- Gassert, P., Geiger, T., & Wentker, H. (Hrsg.) (2011a). *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. München: Oldenburg.
- Gassert, P., Geiger, T., & Wentker, H. (2011b). Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. In P. Gassert, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 7–29). München: Oldenburg.
- Geiger, T. (2011). Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 95–122). München: Oldenburg.
- Genscher, H.-D. (1995). *Erinnerungen*. Berlin: Siedler.
- Gorbatschow, M. (1997). Der weise Mann aus Halle. In K. Kinkel (Hrsg.), *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten* (S. 210–215). Berlin: Siedler.
- Haftendorn, H. (1986). *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*. (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Haftendorn, H. (2001). *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Heidemeyer, H. (2011). NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und Einfluss der DDR. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 247–267). München: Oldenburg.

- Hermann, W. (2011). Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschluss und die Nachrüstung. In P. Gassert, T. Geiger, & Wentker, H. (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 137–154). München: Oldenburg.
- Heumann, H.-D. (2012). *Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie*. Paderborn: Schöningh.
- Hoffmann, H. (1986). *Die Atompartner. Washington-Bonn und die Modernisierung der taktischen Atomwaffen. Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*. Koblenz: Bernhard und Graefe.
- Kielmannsegg, P. Graf von. (2000). *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*. Berlin: Siedler.
- Kinkel, K. (Hrsg.). (1997). *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*. Berlin: Siedler.
- Kinkel, K. (1997). Vorwort. In K. Kinkel (Hrsg.), *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*. Berlin: Siedler.
- Kohl, H. (1996). *Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von Diekmann, K. und Reith, R. G.* Berlin: Ullstein.
- Kohl, H. (1997). Deutschland und Europa – Hans-Dietrich Genscher als deutscher Außenminister in bewegten Zeiten. In K. Kinkel (Hrsg.), *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten* (S. 199–209). Berlin: Siedler.
- Kwizinski, J. (1193). *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*. Berlin: Siedler.
- Richter, S. (2011). Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 229–245). München: Oldenburg.
- Rödter, A. (2011). Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 123–136). München: Oldenburg.
- Rühl, L. (1987). *Mittelstreckenwaffen in Europa: Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt, H. (1969). *Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte*. Stuttgart: Seewald.
- Schmidt, H. (1987). *Menschen und Mächte*. Berlin: Siedler.
- Schwabe, K. (2011). Verhandlung und Stationierung: Die USA und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses 1981–1987. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 65–93). München: Oldenburg.
- Wettig, G. (2011). Sowjetische Raketenrüstung und Auseinandersetzung mit den Reaktionen des Westens. Motivationen und Entscheidungen. In P. Gassert, T. Geiger, & H. Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (S. 49–64). München: Oldenburg.
- Wehler, H.-U. (2008). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5. Bd.: Bundesrepublik und DDR 1949–1990*. München: Beck (Brosch. Studienausgabe).
- Wittmann, K. (1989). Challenges of conventional arms control. London 1989. (International Institute for Strategic Studies. Adelphi Paper 239).